

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.50 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Spalte 1.70 Mk., Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Deutschland bietet Harding das Schiedsrichteramt an.

Berlin, 22. April. (T.-U.) In der Donnerstagsjähung des Reichskabinetts wurden endgültig die Vorschläge Deutschlands in der Wiedergutmachungsfrage formuliert. Am Nachmittag konferierte Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons mit den Parteiführern über die Vorschläge, die Deutschland unterbreitet. Deutschland hat zwei Noten abgefaßt; eine an die Reparationskommission, die seinen Wiederaufbau enthält und die in kurzer Zeit zur Konferenz zwischen Lloyd George und Brand in Vaphnes den beiden gegnerischen Staatsmännern bereits vorliegen wird, und eine zweite Note an den amerikanischen Präsidenten Harding, in der um seine Vermittlung in der Wiederherstellungsfrage und um eine Überprüfung der gegnerischen Forderungen gebeten wird. — Am Montagvormittag wird voraussichtlich Minister Dr. Simons den Auswärtigen Ausschuss des Reichsrats und am Nachmittag den Reichstag einberufen und am Dienstagvormittag, natürlich nur unter Zustimmung dieser beiden Körperschaften, im Reichstag die Interpellation über die auswärtige Lage beantworten.

Berlin, 22. April. (T.-U.) Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dreifel, hat sich mit dem Schriftführer der deutschen Regierung einverstanden erklärt, den Präsidenten Harding sowohl um seine Vermittlung in der Wiederherstellungsfrage, wie um die Überprüfung der verbündeten Forderungen zu bitten. Er hat die Note der deutschen Regierung bereits nach Washington weitergeleitet. — Wie der Berliner Lokal-Anzeiger hört, soll sich die deutsche Regierung zu ihrer Bitte an Harding nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit Washington entschließen haben, und es wird gesagt, daß man sich dort nicht abgeneigt gezeigt habe, unsere Wünsche zunächst einmal kennen zu lernen.

Der Wortlaut der Note.

M. Berlin, 22. April. Sachamtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen.

Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung als recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, keinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unbegreiflicher Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zurechtstehende Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tiefgefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abweh rung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.
(gez.) Ehrenbach. (gez.) Dr. Simons.

Washington, 21. April. (Neuter.) Die deutsche Note an den Präsidenten Harding ist beim Staatsdepartement eingetroffen.

Die Kritik der Parteiführer.

M. Berlin, 22. April. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, waren zu Donnerstag, abends 10 Uhr, die Parteiführer des Reichstags in das Auswärtige Amt zu einer Besprechung mit dem Reichsaussenminister Dr. Simons über die außenpolitische Lage gebeten worden. In der Aussprache wurde von mehrheitssozialistischer und deutschnationaler Seite an dem Schritt der Regierung Kritik geübt. Abg. Dr. Helfferich lehnte es ab, auf eine Diskussion eines Schrittes einzugehen, der seiner Ansicht nach das schädlichste von allem wäre, was getan werden konnte. — Im Verlauf der Besprechung stellte sich heraus, daß der Vatikan die ihm angebotene Vermittlung bei Harding mit der Begründung abgelehnt hat, daß durch die Indiskretionen deutscher Presseorgane von vornherein die Möglichkeit eines Schiedsrichterpruchs ausgeschlossen sei. — Es wurde schließlich vereinbart, daß der Reichstag am heutigen Freitag zuerst eine Erklärung des Reichsaussenministers entgegennehmen soll, deren Besprechung jedoch nicht im Plenum sondern im Auswärtigen Ausschuss stattfinden soll. — Nach dem Verlauf der Besprechung gewinnt man den Eindruck, daß auch die Führer der Koalitionsparteien von dem Schritt des Reichskabinetts vorher nicht unterrichtet worden sind.

Die Berliner Presse zur Note der Reichsregierung.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenpresse erörtert bereits, wenn auch in kurzen Auszügen, die gestern von der Reichsregierung an den amerikanischen Präsidenten gerichtete Note. Keine Zeitung bringt ein volles Vertrauen in den Erfolg dieser Aktion auf. Die Stimmung ist allgemein sehr gedreht. Selbst der Vorwärts erklärt: „Deutschland will verhandeln, Frankreich will nachhaken.“ Er kennzeichnet aber doch nur sehr unvollkommen

die Situation, die durch die Untätigkeit der Reichsregierung entstanden ist. Die Rechtspresse hält den Schritt offenbar für verfehlt, wenn sie das auch heute noch nicht klar sagt. Jedenfalls schließt sie der deutschen Regierung die volle Verantwortung für diesen Schritt zu und erklärt, daß man sich darüber klar sein müsse, daß man sich auf diese Weise völlig einem Verbündeten der Alliierten ausliefern. In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sich für den Fall, daß der amerikanische Präsident dem Angebot Folge leistet, man damit kaum rechnen kann, daß die Alliierten, in erster Linie die französische Regierung, auf die Weiterführung der Zwangsmaßnahmen vorläufig verzichten werden; nach der in Paris herrschenden Stimmung sei vielmehr anzunehmen, daß Frankreich sich weitere Pfänder verschaffen wolle. Selbstverständlich macht außer der Volkszeitung kein einziges Blatt darauf aufmerksam, daß die Politik der Regierung genau übereinstimmt mit der Politik, die die Regierung des Prinzen Max v. Baden im Oktober 1918 eingeschlagen hatte, als sie anstatt eines direkten Friedensangebots die Vermittlung des Präsidenten Wilson anriet.

Die Mai-Konferenzen der Alliierten.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Konferenz der Alliierten Anfang Mai wird aus Paris gemeldet, daß die Vorbereitungen in Lyonne nur insoweit als und privaten Charakter tragen sollen, die lediglich einem Meinungsaustausch Briands und Lloyd Georges dienen werden. Dagegen werde in den ersten Tagen des Mai die bereits erwähnte Konferenz der Alliierten folgen. Diese Konferenz soll übrigens entgegen früheren Meldungen nicht in Paris, sondern in London abgehalten werden, da der englische Premierminister wegen der schwierigen Verhältnisse sein Land nicht verlassen will.

Die neue Zoll-Vinle funktioniert noch nicht.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt aus Düsseldorf mit: „Da es heute offenbar wurde, daß die neuen Zollmaßnahmen sich unmöglich durchführen lassen, sollte nicht der ganze Eisenbahnverkehr zum Stillstand kommen, so haben die alliierten Behörden angeordnet, daß die Zollmaßnahmen für Personenzüge fortlassen. Der gesamte Personenzugverkehr geht deshalb wieder jahresplanmäßig konstant. Weiter ist angeordnet worden, daß die Güterzüge nach dem besetzten Gebiet so schnell wie möglich, ohne Rücksicht darauf, ob sie verzollt sind oder nicht, weitergeleitet werden.“

Das skramme „Bonzen“-regiment der Kommunisten.

Die allmächtige Zentrale.

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit teilt mit, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Hüllein als kommissarischer Chefredakteur des Hallischen Klassenkampfes bekräftigt worden ist, nachdem bekannt geworden war, daß dieses Blatt, das unter dem Ausnahmezustand einstweilen nicht erscheinen kann, bei seinem Wiedereintritt den Zustand in Mitteldeutschland kritisieren sollte. Das Ruhr-Echo in Essen ist zwar nicht für Revl, aber auch nicht für die Zentrale eingetreten, insfolgedessen ist der Kommunist Schumann-Halle in die Redaktion des Essener Blattes gestellt worden. Anna Genet, die bisher den kommunistischen Zeitungsdienst leitete, sandte an die Redaktionen eine Zuschrift folgenden Inhalts: „Meine Genossen, ich teile Ihnen mit, daß ich am ... auf Beschluß der Zentrale meine Tätigkeit als Leiterin des kommunistischen Pressebetriebes einstellen muß.“

Man nennt das: Freiheit der Kritik! Die Zentrale bestimmt, was den Parteimitgliedern gesagt werden darf. Die gesamte kommunistische Presse hat nach dem Befehl der Zentrale einzuschwenken wie Unteroffiziere. Wer unter den Redakteuren des „Opportunisten“ verdächtig ist, fliegt oder erhält einen Zensur der Zentrale vor die Nase gesetzt. Die Mitglieder haben keinen Einfluß mehr auf die Besetzung und Haltung ihrer Blätter! Die Schleswig-Holsteiner Kommunisten haben die rechte Konsequenz gezogen, als sie sich in einer Bezirkskongress beschloßen, daß die Hamburger Pressekommission für die Hamburger Volkszeitung zu verschwinden habe und das Blatt direkt der Berliner Zentrale zu unterstellen sei. All das ist die Konsequenz, die sich aus der Annahme der Moskauer Bedingungen ergab. Ergaben mußte, wie wir vor dem Haller Parteitag vorausgesagt haben.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

M. London, 22. April. Nach Meldungen der höchsten Blätter werden die Bergarbeiter den Streik fortsetzen, bis die Forderung eines nationalen Lohnantrages von den Grubenbesitzern und der Regierung erfüllt ist. Die Bergarbeiter behaupten, sie würden es noch sechs Wochen aushalten; doch hält man es für wahrscheinlich, daß die Delegierten Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern wieder aufnehmen werden, um zu erfahren, welche Vorschläge gemacht werden.

Die Früchte einer falschen Politik.

Die deutsche Regierung hat einen Schritt unternommen, der einem letzten Verzweiflungsschritt aufs Haar ähnlich sieht: sie hat sich bereit erklärt, sich einem Schiedsrichter Harding über die Höhe der Reparationssumme auf Gnade und Ungnade vorbehalten zu unterwerfen. Und sie hat diesen Schritt getan in der vollen Ueberzeugung, daß auch er vergeblich sein werde. Sie hat damit das Bekenntnis eines vollständigen Zusammenbruches ihrer Politik abgelegt.

Zwei volle Monate sind es her, seit die Londoner Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland über die Wiedergutmachungsfrage gescheitert sind. Wie weit an dem unglücklichen Ausgang der Konferenz die ungeschickte und hinterhältige Politik der deutschen Regierung schuld trug, wurde damals von uns ausführlich erörtert. Aber es ist bezeichnend für den politischen Tiefstand der heute noch tonangebenden Schichten des deutschen Volkes und für ihren noch immer nicht erloschenen Machtwahn, daß das Scheitern der Konferenz von ihnen für gar kein so großes Unheil gehalten wurde, daß Simons, der traurige Held der Londoner Konferenz, bei seiner Ankunft in Berlin vom nationalstetischen Böbel umhüllt wurde, derselbe Simons, der sich heute Amerika auf Gnade und Ungnade ausliefert.

Die Politik, die seit dem Scheitern der Londoner Konferenz vom offiziellen Deutschland verfolgt wurde, war von derselben Mentalität beherrscht, die uns in den Krieg und von einer Niederlage in die andre getrieben hat, von demselben Wahnglauben an die Unbesiegbareit Deutschlands und derselben falschen Einschätzung der Kräfteverhältnisse. „Sie mögen nur Sanktionen verhängen, soviel sie wollen, sie werden bald zur Ueberzeugung kommen, daß sie ihnen nichts einbringen, Deutschland aber fest und unerschütterlich bleibt und durch das nationale Unglück zu einer unbefehrbaren Einheit zusammengezwungen wird.“ Auf dieser falschen, ja geradezu kindlichen Voraussetzung war die Außenpolitik Deutschlands bis zur Rückkehr Simons aus der Schweiz aufgebaut. Es war eine Politik der passiven Resistenz in einer Frage, in der nur die höchste Aktivität Deutschlands vor dem drohenden Unglück zu retten vermochte. War es nicht der heilige Wahn, daß die deutsche Regierung sich gerade in der Frage auf den Verfall der Friedensverträge berief und sich auf seine Bestimmungen zurückzog, in der seine exakte Ausführung Deutschland ins tiefste Unglück zu stürzen geeignet ist? Denn nach dem Friedensvertrag entscheidet nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands über die Höhe der Wiedergutmachungssumme, sondern einzig und allein das Verdict der Reparationskommission, das am ersten Mai 1921 zu fällen ist. Indem Deutschland sich auf diese Bestimmung des Friedensvertrages berief, gab es seine stärkste Waffe aus der Hand: die Möglichkeit, selbst den Zahlungsmodus zu bestimmen und Zahlungsansprüche zu machen, die auf seiner Zahlungsfähigkeit und nicht auf seiner Schuldigkeit laut der Bestimmung des Friedensvertrages beruhen.

Durch diese falsche Politik spielte die deutsche Regierung in verbrecherischem Leichtsinne den französischen Imperialisten und Militaristen einen bequemen Vorwand für ihre, auf die Vernichtung Deutschlands abzielende Politik in die Hand. Die passivste Resistenz Deutschlands, seine Untätigkeit in einer seiner wichtigsten Lebensfragen machte es ihnen leicht, der französischen Offensivität zu beweisen, daß Deutschland nicht den ehrlichen Willen habe, Frankreich in seiner Not zu helfen, ihm seine amerikanischen Schulden und die Pensionen für seine Invaliden, Kriegerverwitwen und -waisen zu bezahlen und seine verarmtesten Departements wieder aufzubauen, daß daher Frankreich kein anderer Ausweg übrig bleibe, als seine Schulden selbst einzutreiben, den Gerichtsvollzieher und den Gendarmen in einer Person zu spielen. Die Haltung Deutschlands seit dem Abbruch der Londoner Konferenz ist es gewesen, die jeden Widerstand gegen die französische Gewaltpolitik innerhalb und außerhalb Frankreichs brach.

Es konnte Simons, als er von London zurückkehrte, keinen Augenblick lang zweifelhaft sein, daß Frankreich nicht bei den in London beschlossenen Sanktionen stehen bleiben werde, ja gar nicht stehen bleiben könne, da voraussehen war, daß ihr wirtschaftlicher Ertrag ganz minimal sein werde. Es mußte damit gerechnet werden, daß Frankreich, falls Deutschland den abgelehnten Forderungen der Verhandlungen nicht wieder antäufte, auf dem einmal beschrittenen Wege der Gewalt weiterzueilen werde und nach der ganzen Sachlage konnte der nächste Schritt nur die Besetzung des Ruhrgebietes sein. Simons wußte dies, aber in seiner gewohnten feigen Nachgiebigkeit gegenüber den Machtwahnpolitikern auf der rechten Seite er unter Verzicht auf ein aktives Eingreifen der unheilvollen Entwicklung ihren Lauf, bis sie zu dem erwarteten und befürchteten Punkte angekommen war, dem Beschluß Frankreichs, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Erst als es so weit war, als die französische Regierung keinen Zweifel mehr darüber ließ, daß sie sich nicht wieder mit den deutschen Delegierten an den Verhandlungstisch setzen wolle, sondern